



## CCS:

### Europaabgeordneter kanzelt legitimen Protest der BürgerInnen ab

Potsdam, 11. März 2010

Die bündnisgrüne Europaabgeordnete **ELISABETH SCHROEDTER** und die bündnisgrüne Landtagsabgeordnete **SABINE NIELS** haben Äußerungen des SPD-Europaabgeordneten Jo Leinen zum geplanten CCS-Gesetz in einem Interview der Lausitzer Rundschau zur CCS-Problematik kritisiert.

Anstatt die schwer wiegenden Argumente von Bürgerinnen und Bürgern und ihren berechtigten Widerstand gegen die von Vattenfall geplante Verpressung von CO<sub>2</sub> in Ost-Brandenburg zu respektieren, agiere von Leinen von oben herab und tue so als seien Beschlüsse des Ministerrats unanfechtbare Wahrheiten. Er habe der Bevölkerung damit implizit das Grundrecht abgesprochen, sich gegen das Vorhaben zur Wehr zu setzen.

Die bündnisgrüne Brandenburger Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter sagte: "Es ist aus meiner Sicht nicht die Aufgabe des Vorsitzenden des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger davon abzuhalten, um den Erhalt ihrer Umwelt zu kämpfen und dabei alle demokratischen Rechte auszuschöpfen. Mein Abgeordneterkollege, Jo Leinen, macht sich damit zum Handlager von Vattenfall. Wenn Vattenfall keinen Platz findet, um sein klimaschädliches CO<sub>2</sub> zu verpressen, kann der Konzern kein EU-Fördergeld bekommen. Denn dann erfüllt er schlichtweg nicht die Förderbedingungen."

Die Landtagsabgeordnete der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sabine Niels sagte: "Ich finde es äußerst befremdlich, dass der Vorsitzende des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments in die Regionen reist, um die betroffene Bevölkerung von Beeskow und Neutrebbin zur Zurückhaltung bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte aufzufordern. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, gegen die Pläne von Vattenfall zu protestieren, unter ihren Häusern und Feldern ein unsicheres und ungeeignetes CO<sub>2</sub>-Lager anzulegen."

Leinen hatte in dem Interview im Hinblick auf den Protest vor Ort unter anderem gesagt: "Das Energie- und Klimapakett ist vom EU-Ministerrat beschlossen worden, also von Vertretern der nationalen Regierungen. Das heißt, die Bürgervertreter auf nationaler Ebene beschließen die Rahmengesetze quasi mit. Da kann sich jetzt keiner rausstellen und sagen, er wurde nicht gefragt."

Besuchen Sie [www.elisabeth-schroedter.eu](http://www.elisabeth-schroedter.eu)

Neuigkeiten und Hintergründe aus dem Europäischen Parlament